



Briefing aus Bern

Mit Gaskraft gegen Stromlücken, im Sexualstrafrecht solls bei «Nein heisst Nein» bleiben und Hauskrach bei den Freiheitstrychlern

Das Wichtigste in Kürze aus dem Bundeshaus (180).

Von [Reto Aschwanden](#), [Elia Blülle](#), [Dennis Bühler](#) und [Lukas Häuptli](#), 24.02.2022

Bei den Freiheitstrychlern scheidet sich das Lager um den Gründer Andy Benz aus Schwyz, das andere um den St. Galler Roland Schätti. Das geht laut dem [«SonntagsBlick»](#) so weit, dass Benz mit einigen Getreuen bei Schätti daheim zum «Protesttrycheln» auftauchte, woraufhin Schätti die Polizei holte. Der Hauskrach dreht sich darum, wer öffentlich für die Trychler sprechen darf, aber auch um Markenrechte und Einkünfte aus Spenden und Merchandise.

Die Selbsterfleischung der Freiheitstrychler wiederholt ein Muster, das sich schon zuvor in Corona-Protestgruppen zeigte. [Im Dezember spaltete sich der Verein Mass-voll](#): Viele Mitglieder traten aus und gründeten einen eigenen Verein, seither ist die Kerngruppe um [Präsident Nicolas A. Rimoldi](#) arg dezimiert. Anfang Januar knallte es dann bei den «Freunden der Verfassung»: [Der gesamte Vorstand trat kollektiv zurück](#). Auf der Website des Vereins ist von einem [«internen Putsch»](#) die Rede.

Damit zerlegt sich eine Bewegung selbst, die innert kürzester Zeit ein ernst zu nehmender, [weil referendumsfähiger Politakteur](#) geworden war. Für Gegnerinnen dieser Gruppen ist das aber weder Grund für Erleichterung noch zur Schadenfreude. Denn die Gräben innerhalb der Bewegung verlaufen zwischen Gemässigten und Radikalen. Schätti von den Freiheits-

trychlern bezeichnet seinen Widersacher Benz als Diktator und sagt: «Ei-nige in der Gruppe sind rechtsextrem und eine Gefahr für die Gesellschaft.» Verschärft wird diese Gefahr durch Neonazis, die in den letzten Wochen bei Demonstrationen gegen die Corona-Politik das Kommando übernommen haben. Die Neonazis sind gut organisiert und füllen das Machtvakuum in der Szene der Massnahmenkritikerinnen.

«Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern und Schwestern», para-phrasieren die Freiheitstrychler in ihrem Bekenntnis den Rütlichswur aus Schillers «Wilhelm Tell». Doch erinnern die Massnahmengegnerinnen mittlerweile weniger an die alten Eidgenossen, die sich zu einem Bünd-nis zusammenschlossen, als an Tell. Der war nämlich, ebenfalls gemäss Schiller, alles andere als ein Teamplayer. «Der Starke ist am mächtigsten allein», spricht er im Drama. Damit können sich offensichtlich viele der selbst ernannten Freiheitskämpfer von heute identifizieren. Bloss bietet diese Geisteshaltung nicht die ideale Voraussetzung für eine längerfristig funktionierende Organisation, die sich im Rahmen des politischen Sys-tems bewegt. Stattdessen droht eine weitere Radikalisierung von Teilen der Protestbewegung.

Und damit zum Briefing aus Bern.

Energiepolitik: Gaskraftwerke für Versorgungssicherheit

Worum es geht: Der Bundesrat will bis zu drei neue Gaskraftwerke bau-en. Sie sollen in Ausnahmesituationen zum Einsatz kommen, wenn der Strommarkt die Nachfrage nicht mehr decken kann. Kosten werden sie ge-mäss Bundesrat maximal 900 Millionen Franken. Ferner will die Regierung Betreiber von Wasserspeicherkraftwerken gegen finanzielle Entschädigung dazu bewegen, bestimmte Mengen zurückzubehalten, die im späten Win-ter bei Bedarf zum Einsatz kämen.

Warum Sie das wissen müssen: Der Schweiz könnte ab 2025 in den spä-ten Wintermonaten zeitweise der Strom ausgehen. Weil der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU um das Rahmenabkommen abgebrochen hat, fiel auch das geplante Stromabkommen mit der EU ins Wasser. Es hätte der Schweiz längerfristig den Zugang zum europäischen Strommarkt ga-rantiert. Aufgrund neuer EU-Regulierungen kann die Schweiz ab 2025 nicht mehr darauf zählen, bei einer Strommangellage ihren Strom aus dem Aus-land zu importieren. Deshalb möchte der Bundesrat die Stromproduktion mit Gaskraftwerken absichern, die im Notfall zum Einsatz kämen. Das dabei ausgestossene Kohlenstoffdioxid soll mit CO₂-Zertifikaten auf dem Emissionsmarkt kompensiert werden.

Wie es weitergeht: Die neuen Gaskraftwerke werden kaum bereits im Jahr 2025 stehen. Volksabstimmungen und Einsprachen in den Standort-gemeinden könnten den Bau um Jahre verzögern. Die Wasserkraftreserve im Winter will der Bundesrat über den Verordnungsweg einführen, damit sie bereits ab dem nächsten Winter zum Einsatz kommen kann.

Sexualstrafrecht: Kommission lehnt «Nur Ja heisst Ja»-Lösung ab

Worum es geht: Die ständerätliche Kommission für Rechtsfragen will in ihrem Entwurf für ein revidiertes Sexualstrafrecht nichts wissen von einem Wechsel zum Zustimmungsprinzip («Nur Ja heisst Ja»). Eine 9:4-Mehrheit

hält trotz Kritik in der Vernehmlassung an der «Nein heisst Nein»-Lösung fest. Das heisst: Sexuelle Nötigung beziehungsweise Vergewaltigung liegen nur vor, wenn das Opfer verbal oder nonverbal kommuniziert, dass es den sexuellen Handlungen nicht zustimmt. Anders als zunächst geplant will die Kommission auf einen neuen Straftatbestand «sexueller Übergriff» verzichten. Dafür gilt neu eine Handlung als Vergewaltigung, die «mit einem Eindringen in den Körper verbunden ist». Damit werden künftig auch Opfer männlichen Geschlechts von diesem Tatbestand erfasst.

Warum Sie das wissen müssen: Seit Jahren wird heftig über eine Reform des Sexualstrafrechts diskutiert – immer wieder auch in der Republik –, nun liegen die Vorschläge vor. Nach heutigem Schweizer Recht kann ein Gericht einen Täter nur dann wegen Vergewaltigung verurteilen, wenn er Gewalt anwendet oder damit droht, psychischen Druck ausübt oder sein Opfer zum Widerstand unfähig macht. Liegt kein solches «Nötigungsmittel» vor, gilt die Tat nicht als schweres Delikt – auch wenn das Opfer Nein gesagt hat. Dann kommt nur der Tatbestand der sexuellen Belästigung infrage, der lediglich auf Antrag verfolgt wird. Deshalb verlangen diverse Organisationen einen Wechsel zum Zustimmungsprinzip, wie es in Schweden seit 2018 gilt und wie es der von der Schweiz ratifizierte Istanbul-Konvention entspräche. Dass die ständerätliche Kommission die «Nur Ja heisst Ja»-Lösung nun definitiv ablehnt, überrascht aber nicht: Im Dezember sprach sich die kleine Kammer auf ihren Antrag hin gegen eine entsprechende Standesinitiative des Kantons Genf aus.

Wie es weitergeht: Bevor sich der Ständerat im Juni mit der Revision des Sexualstrafrechts befassen wird, nimmt zunächst der Bundesrat Stellung zu den von der Kommission eingebrachten Vorschlägen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Nationalrat darüber befinden. Ist die Reform vom Parlament unter Dach und Fach gebracht, kann dagegen das Referendum ergriffen werden.

Menschenrechte: Schweizer Botschaft macht chinesische Zensur publik

Worum es geht: «Vor zwei Monaten verschwand der Menschenrechtsanwalt Tang Jitian.» Das schrieb die Schweizer Botschaft in Peking vor zwei Wochen auf dem sozialen Netzwerk Weibo, dem chinesischen Pendant zu Twitter. Wie die Botschaft vergangene Woche publik machte, wurde der Post von den chinesischen Zensurbehörden innert 24 Stunden gelöscht. Dass die Schweiz einen mutmasslichen Menschenrechtsverstoss Pekings auf diese Weise öffentlich anprangert, ist ein Novum. Kenner werten es als Zeichen eines Strategiewechsels im Umgang mit China.

Warum Sie das wissen müssen: Vor einem knappen Jahr präsentierte der Bundesrat seine China-Strategie für die Jahre 2021 bis 2024. Ihr lag die Erkenntnis zugrunde, dass China nach der wirtschaftlichen Öffnung nicht liberaler geworden ist, sprich: Die «Wandel durch Handel»-Hoffnung hat sich zerschlagen. Für Schweizer Verhältnisse wählte Aussenminister Ignazio Cassis damals deutliche Worte: «Politisch bleibt China faktisch ein Einparteiensstaat mit zunehmend autoritären Tendenzen.» Der chinesische Botschafter in der Schweiz reagierte aufgebracht: Der Bundesrat versehe sein Land mit «böswilligen Labels». Nun führt das Verschwinden von Tang Jitian zu neuen diplomatischen Verstimmungen. Der prominente Regimekritiker war letzten Dezember an einer Veranstaltung zum Tag der Menschenrechte als Redner eingeladen. Doch er tauchte nicht auf und ist seither spurlos verschwunden. Gemäss einem Bericht von Radio Free Asia werde der 53-Jährige wie bereits 2014 gefoltert. Als sie vom chinesi-

schen Aussenministerium «keine befriedigende Auskunft» über Tangs Verbleib erhielten, machten die deutsche, die französische und die schweizerische Botschaft die Affäre öffentlich. Amnesty International lobte das Vorgehen der Schweiz als «starkes Zeichen». Auch Parlamentarier von links und rechts begrüssten den klaren Positionsbezug.

Wie es weitergeht: Tang Jitian wird weiterhin vermisst. Und zwischen der Schweiz und China dürfte es in Zukunft vermehrt zu diplomatischen Verstimmungen kommen.

Antisemitismus: Immer mehr Vorfälle, Aktionsplan gefordert

Worum es geht: Judenfeindliche Vorfälle in der Schweiz haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Das ist das Ergebnis des Antisemitismusberichts 2021, den der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus am Montag veröffentlicht haben. Im Bericht sind 859 Vorfälle aufgeführt. 806 davon ereigneten sich auf Social Media und in den Kommentarspalten elektronischer Medien. 16 waren Beschimpfungen im öffentlichen Raum und 7 Schmierereien. In einem Fall kam es zu einer Sachbeschädigung. Im vorletzten Jahr lag die Zahl antisemitischer Vorfälle bei 532.

Warum Sie das wissen müssen: Die deutliche Zunahme der Vorfälle ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Der erste sind die sozialen Netzwerke, in denen Beiträge von Einzelpersonen und Gruppen kaum kontrolliert werden. Das betrifft in erster Linie den Messaging-Dienst Telegram. Der zweite ist die Pandemie. Die Verfasser des Antisemitismusberichts schreiben: «Der mit Abstand grösste Trigger 2021 war die Coronapandemie. (...) Darum überrascht es wenig, dass 51 Prozent aller Online-Vorfälle dieses Jahr zeitgenössische antisemitische Verschwörungstheorien zum Inhalt haben.»

Wie es weitergeht: Der Israelitische Gemeindebund und die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus fordern «eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Umstände, die den Nährboden für Antisemitismus bilden». So brauche es zusätzliche Bildungsmassnahmen gegen Verschwörungstheorien und ein staatliches Engagement beim Monitoring von Antisemitismus und Rassismus. Unterstützung erhalten die beiden Institutionen von den Grünen. Diese verlangen eine nationale Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus.

Kulturgüter: Bundesrat befürwortet eine neue Kommission zur Klärung von Streitfragen

Worum es geht: Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die sich bei Streitigkeiten um Kunstwerke einschaltet. Das betrifft namentlich Werke, die zur Zeit des Nationalsozialismus den Besitzer wechselten, und Kulturgüter aus einem kolonialen Kontext.

Warum Sie das wissen müssen: Der Skandal um die Bührle-Sammlung im Zürcher Kunsthaus hat es einmal mehr gezeigt: Im Umgang mit Kunstwerken, die unter fragwürdigen Umständen verkauft wurden, besteht in der Schweiz Handlungsbedarf. Der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult hat deshalb Anfang Dezember eine Motion eingereicht, die von Mitgliedern aller Fraktionen mitunterzeichnet wurde. Der Vorstoss verlangt die Einsetzung

einer unabhängigen Kommission, die «in Fällen von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern Empfehlungen abgibt für «gerechte und faire Lösungen»», und formuliert auch gleich die Rahmenbedingungen für ein solches Gremium. Diese Bedingungen will der Bundesrat allerdings noch nicht festlegen, das wäre «verfrüht und nicht zielführend».

Wie es weitergeht: Der Bundesrat beantragt, den ersten Teil der Motion anzunehmen: den Auftrag, eine Kommission einzusetzen. Damit kommt Pults Vorstoss in einem nächsten Schritt in den Nationalrat.

Ethik im Sport: Bundesrat will Verstösse finanziell ahnden können

Worum es geht: Der Bundesrat lanciert ein Massnahmenpaket, um die Sportförderung ethischer zu gestalten. Besonders wichtig: Er will vorhandene Ethikvorgaben rechtlich verankern – was es ihm erlauben würde, Unterstützungsgelder zu kürzen oder zu streichen, wenn ein Sportverband oder -verein gegen diese Grundsätze verstösst.

Warum Sie das wissen müssen: Im vergangenen Herbst zeigte ein im Zusammenhang mit Vorfällen im Nationalen Sportzentrum Magglingen erstellter Untersuchungsbericht: Viele Schweizer Sportlerinnen erleben Erniedrigungen, Beschimpfungen und Kollektivstrafen. Sportministerin Viola Amherd stellte klar: «Wir unterstützen den Leistungssport, aber nicht um jeden Preis.» In der Folge verabschiedete das Schweizer Sportparlament Ende November ein Ethik-Statut, das Verhaltensweisen auflistet, die nicht toleriert werden: Gewalt, Ausbeutung, sexueller Missbrauch oder auch Drohung und Mobbing. Tritt das vom Bundesrat geschnürte Massnahmenpaket in Kraft, werden sich alle Sportverbände und -vereine an die vom Sportparlament erlassenen Bestimmungen halten müssen, wenn sie Finanzhilfen des Bundes beanspruchen. Zudem sollen sie in Finanzfragen transparenter werden, Amtszeitbeschränkungen einführen und in Leitungsgremien eine ausgewogene Geschlechterverteilung garantieren. Diese Vorschläge enthalten einige Sprengkraft, denn viele Verbände agieren in Geldfragen undurchsichtig und werden teilweise über Jahrzehnte von denselben (männlichen) Funktionären geführt.

Wie es weitergeht: Zum Massnahmenpaket wird eine Vernehmlassung durchgeführt, die bis zum 1. Juni dauert – während gut drei Monaten können sich nun also alle interessierten Kreise dazu äussern. In Kraft treten sollen die neuen Bestimmungen Anfang 2023.

Männerversteherin der Woche

Die «NZZ am Sonntag» hat ihr Herz für linke Männer entdeckt. In der letzten Ausgabe rechnete sie vor, dass die SP in den letzten zwei Jahren bei kantonalen Wahlen total 31 Sitze verloren hat – mit einer Ausnahme traf es jedes Mal Männer. Weil Einzelschicksale mehr berühren als Zahlen, schildert die Journalistin einfühlsam einen jüngst abgewählten Zürcher SP-Gemeinderat, der in einem Restaurant sitzend ins Leere schaut und sagt: «Heute habe ich manchmal den Eindruck, dass man als Mann in der SP doppelt so viel leisten muss.» Auch einen 2019 abgewählten Nationalrat aus Bern lässt sie seiner Partei ins Gewissen reden: «Wir müssen aufpassen, dass wir für Männer attraktiv bleiben.» Die Journalistin stellt fest: «Männer, die keine homosexuelle oder migrantische Geschichte erzählen können, haben es schwer.» Dann kommt sie zu den ganz grossen Fragen: «Wann ist Gleichstellung erreicht? Und was, wenn sie darauf hinausläuft, dass links nur noch

Frauen und rechts nur noch Männer politisieren?» Die Antwort darauf gibt SP-Co-Präsidentin **Mattea Meyer**, die es durchaus bedauert, wenn verdiente Genossen abgewählt werden, aber findet: «Es ist nun an den Bürgerlichen, endlich ihren Job punkto Gleichstellung zu leisten!»

Illustration: Till Lauer